FDP-***Landtagsfraktion*** Schleswig-Holstein

Presseinformation

Nr. 447 / 2012

Wolfgang Kubicki, *MdL*
Vorsitzender

Christopher Vogt, *MdL*
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, *MdL*
Parlamentarischer Geschäftsführer

Kiel, Dienstag, 20. November 2012

Arbeitsmarkt / Minijobs

Christopher Vogt: Die Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung ist bisher leider nur kontraproduktiv

Zur Diskussion über die Einkommensgrenze bei Minijobs und die Haltung der Landesregierung erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Wenn die Landesregierung die Anhebung der Einkommensgrenze bei Minijobs ablehnt, fördert sie die Schwarzarbeit und hilft damit keinem einzigen Beschäftigten. Minijobs geben Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen unkompliziert und flexibel die Möglichkeit, etwas hinzu zu verdienen. Wenn die Landesregierung die Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern möchte, sollte sie sich für überfällige Reformen im Steuerrecht einsetzen."

Der Deutsche Bundestag hat beschlossen, die Einkommensgrenze bei Minijobs von 400 Euro auf 450 Euro zu erhöhen und damit nach über zehn Jahren einen Inflationsausgleich vorgenommen.

„Minijobs sorgen für die notwendige Bindung an den Arbeitsmarkt und sind häufig das Sprungbrett in eine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Wenn die Landesregierung die Erhöhung der Einkommensgrenze jetzt im Bundesrat zu blockieren versucht, handelt sie nicht im Interesse der Arbeitnehmer. Ich hätte mir gerade vom Wirtschaftsminister mehr arbeitsmarktpolitische Vernunft gewünscht. Er sollte sich in der Arbeitsmarktpolitik mehr um das Wohl des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger kümmern und sich weniger von seinem Arbeitsstaatssekretär und dem DGB leiten lassen. Anstatt vernünftige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesregierung zu verzögern, sollte die Koalition lieber ihr unsinniges Tariftreuegesetz zurückziehen. Dieses Gesetz geht zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen und gefährdet damit ohne jede Not Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein.

Die Arbeitsmarktpolitik der neuen Landesregierung ist bisher leider nur kontraproduktiv für die Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein. Dass die Initiativen der Koalition gut gemeint sein mögen, macht es auch nicht besser."

Susann Wilke, *Pressesprecherin, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497, E-Mail: susann.wilke@fdp.ltsh.de, Internet: http://www.fdp-sh.de*

www.fdp-sh.de